

Antrag 206/II/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Bildung, Sport und Klimaschutz: Berlin wird kaputtgespart!**

1 Die Bürger*innen Berlins und vor allem junge Menschen
2 müssen aktuell dabei zusehen, wie die fehlgeleitete Haus-
3 haltspolitik ihre Bedürfnisse und Lebensrealitäten unbe-
4 achtet lassen. In den Bereichen Bildung, Sport, Soziales
5 oder Klimaschutz wird besonders viel eingespart. Diese
6 Kürzungen sind ein erneuter Beweis dafür, dass Sparmaß-
7 nahmen oft auf Kosten marginalisierter Gruppen getra-
8 gen werden. Darüber hinaus zeigen sie mal wieder, wel-
9 che fatalen Folgen mit der Schuldenbremse einhergehen.
10 Es ist unsere Pflicht, uns entschieden gegen diese Politik
11 zu stellen und für eine gerechte und zukunftsorientierte
12 Verteilung der Mittel zu kämpfen sowie die Haushaltskür-
13 zungen mit allen Mitteln abzuwenden.

14

15 Bildung

16 Die Universitäten sind der größte Einzelposten der Kür-
17 zungen. 50 Millionen Euro weniger sollen sie erhalten. Das
18 gefährdet die Qualität der Lehre und Forschung und dar-
19 mit die Zukunftschancen junger Menschen. Auch beim
20 Studierendenwerk soll erheblich gespart werden. Das Stu-
21 dierendenwerk unterstützt das studentische Wohnen und
22 die Mensa finanziell, was die Studierenden entlastet und
23 auch jenen, die keine finanzielle Unterstützung von ih-
24 ren Eltern erhalten, ein Studium leichter ermöglicht. Auf-
25 grund der vom Senat beschlossenen Haushaltskürzungen
26 muss jedoch auch das Studierendenwerk bei einigen Pos-
27 ten Einsparungen vornehmen. Der Investitionszuschuss
28 des Landes soll nämlich um die Hälfte reduziert werden.
29 Auch die Gebäude der Berliner Universitäten sind in einem
30 desolaten Zustand. Der Sanierungsstau hier ist riesig und
31 erfordert umfassende Investitionen. Schon die Juso Hoch-
32 schulgruppe hat klar gemacht, dass das nicht hinnehmbar
33 ist!

34 Zudem wird die Modernisierung von Schulen in Frage ge-
35 stellt, was dringend notwendige Verbesserungen verzö-
36 gert oder gar verhindert. Völlig absurd ist die Kritik am
37 "großzügigen Kursangebot" in den Oberstufen, das als
38 zu teuer angesehen wird, weil dadurch mehr Räume in
39 den Schulen gebraucht werden würden. Eine solche Ar-
40 gumentation ist gegenüber allen Schüler*innen unange-
41 messen und ignoriert die Notwendigkeit eines vielfältigen
42 Bildungsangebots.

43

44 Sport und Freizeit

45 Auch im Bereich Sport soll ordentlich gespart werden,
46 obwohl wichtige Sporteinrichtungen wie Schwimmbäder
47 von Schließungen bedroht oder in einem schlechten Zu-
48 stand sind. Diese Maßnahmen nehmen jungen Menschen

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: AH Fraktion, Landesgruppe (Konsens)**

49 wichtige Freizeit- und Bewegungsmöglichkeiten!
50

51 **Klimaschutz und Mobilität**

52 Die Kürzungen im Bereich klimagerechtes Bauen sind ein
53 klarer Rückschritt in der Umweltpolitik Berlins. Angesichts
54 der Klimakrise müssen wir in eine nachhaltige Stadtent-
55 wicklung investieren, statt sie zu kürzen. Auch die drasti-
56 sche Reduktion der geplanten Fahrradstraßen auf nur ei-
57 ne von zehn ist ein Rückschritt für die klimafreundliche
58 Mobilität in der Stadt und kann nicht hingenommen wer-
59 den! Fahrradstraßen und gut ausgebaute und geschütz-
60 te Radwege sind ein wichtiger Bestandteil einer nachhal-
61 tigen Verkehrspolitik, die den Ausstoß von klimaschädli-
62 chen Gasen verringern und die Stadt lebenswerter ma-
63 chen. Dass man, nachdem schon das Sondervermögen für
64 Klimaschutz gescheitert ist, noch weiter in diesem Bereich
65 kürzen möchte, ist nicht hinnehmbar.

66

67 **Soziale Einrichtungen**

68 Die Haushaltskürzungen in Berlin, die durch die Sparpo-
69 litik der Ampel-Regierung notwendig werden, haben ver-
70 heerende Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur der
71 Stadt. Einrichtungen wie Jugendfreizeitstätte, Familien-
72 zentren, Schutzräume für Gewaltopfer und Angebote zur
73 Bekämpfung von Suchterkrankungen und Obdachlosig-
74 keit sind stark betroffen, was die Versorgung verschlech-
75 tert. Diese Einrichtungen sind entscheidend für den sozia-
76 len Zusammenhalt und den Abbau von Ungleichheiten.
77 Ohne ausreichende finanzielle Unterstützung droht der
78 Wegfall wichtiger Projekte, die insbesondere Kindern, Ju-
79 gendlichen, FINTA, Senior*innen und Menschen in prekä-
80 ren Lebenslagen helfen. Dies gefährdet nicht nur die indi-
81 viduelle Lebenssituation, sondern untergräbt auch das so-
82 ziale Gefüge und die Solidarität in Berlin. Langfristig verur-
83 sachen die Kürzungen höhere Kosten durch vermehrte Ar-
84 mut und soziale Isolation. Um den Betroffenen Perspekti-
85 ven zu bieten, muss die Finanzierung sozialer Projekte und
86 Einrichtungen gesichert und ausgebaut werden, um den
87 sozialen Zusammenhalt in Berlin langfristig zu gewähr-
88 leisten.

89

90 **Ausblick und zukünftige Bedrohungen**

91 In den kommenden Haushaltsverhandlungen stehen wei-
92 tere Kürzungen an, die nochmal dadurch verschärft wer-
93 den, dass Berlin 900 Mio. Euro weniger Steuereinnah-
94 men zur Verfügung stehen als geplant. Dass Kai Wegner
95 in diesem Zusammenhang über die kostenlose Kinderbe-
96 treuung und das kostenlose Mittagessen in Schulen als
97 "soziale Geschenke im Bildungsbereich" spricht und for-
98 dert, dass hier ein Umdenken stattfinden muss, ist nicht
99 hinnehmbar. Diese Aussage hat nichts mit einer sozia-
100 len Politik die jungen Menschen zugutekommt zu tun.
101 Und noch schlimmer ist dabei, dass unsere eigenen SPD-

102 Landesvorsitzenden die Diskussion in diesem Bereich ge-
103 öffnet haben.

104 Solche Vorschläge und die geplanten Kürzungen stellen
105 einen Verrat an den Interessen der jungen Generation dar
106 und widersprechen jeglichen Grundprinzipien einer sozia-
107 len Politik!

108 Wir fordern deshalb,

- 109 • dass sich die SPD Berlin für die Abschaffung der
110 Schuldenbremse einsetzt.
- 111 • dass das Haushaltsloch nicht durch Einsparungen
112 bei sozialen Projekten sowie Projekten im Bereich
113 Bildung, Kultur, Sport und Klimaschutz gestopft
114 wird, sondern Investitionen erhöht werden, um den
115 Erhalt und den Ausbau sicherzustellen.
- 116 • dass in Berlin eine nachhaltige Wirtschaftspolitik
117 entwickelt und umgesetzt wird, die auf langfristi-
118 ge soziale und ökologische Ziele ausgerichtet ist und
119 neue Finanzierungsmöglichkeiten schafft, ohne die
120 soziale Infrastruktur zu belasten.
- 121 • dass sich der Berliner SPD-Landesvorstand klar ge-
122 gen die Kürzungen ausspricht und sich für eine ge-
123 rechte Verteilung der finanziellen Mittel einsetzt.
- 124 • dass sich der Berliner SPD-Landesvorstand klar von
125 den Aussagen und Plänen von Kai Wegner und der
126 Berliner CDU distanziert, insbesondere bezüglich
127 der Abschaffung des kostenlosen Mittagessens an
128 Schulen und in der Kinderbetreuung.